

# Dresdner Volkszeitung

Polstschleier: Dresden, Raben & Comp., Nr. 1293.

## Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden und Schf. Staatsbank.

Diese Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Meßdorf und Dresden-Altsch.

Abzugspreis einschließlich Bringerlohn in der 40. Woche vom 10. November bis 18. November 1923 180 Milliarden M., unter Kreuzband für Deutschland die Nummer 40 Milliarden M. Einzelnummer 40 Milliarden M. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Druckerei: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 26 261. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 6 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet. Grundpreis: die 20 mm breite Nonpareilzeile 30 Pf., die 90 mm breite Reflamezeile 100 Pf., für auswärtige Anzeigen 35 und 120 Pf. Familienanzeigen, Stellen- und Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Briefüberlegung 10 Pf.

Nr. 264

Dresden, Dienstag den 13. November 1923

34. Jahrg.

# Die Wirkung auf Europa

Die inneren Kämpfe, Zudränge und Krämpfe des deutschen Volkes haben unser Land zum Brandherd Europas gemacht. Was immer bei uns geschehen mag, ist unmittelbar von europäischen Folgen begleitet. Die Entente-mächte richten ihr Hauptinteresse auf Deutschland und verfolgen den Endkampf zwischen Demokratie und Rechtsdiktatur wie ihre eigene Angelegenheit. Die Eingriffe der Entente-mächte häufen sich. Der Minister und der Münchner Rat brachten den französischen Volkshatler auf die Beine, der im Namen Poincarés erklärte, eine Rechtsdiktatur, die sich auf eine militärische Machorgantation stütze, würde Frankreichs Eingreifen zur Folge haben. Frankreich sehe in der demokratischen Republik die einzig geeignete Form, in der sich Deutschland in die Friedensbestrebungen der Weltmächte einlasse. Man kann von der Heuchelei Poincarés als „Schüler der deutschen Demokratie“ absehen, Tatsache bleibt, daß Frankreich von einer Diktatur der Deutschnationalen alles, einschließlich der Kriegserklärung zu fürchten hat. Das Wesen der nationalität-militärischen Rechtsdiktatur ist ja nichts anderes als Niederhaltung und Ausbeutung des eigenen Volkes zum Zweck der Kriegsführung und Eroberung nach außen. Das erklären nicht nur Herzog und Ostarr, sondern das soll auch die getroffene Folge der Rechtsdiktatur in Bayern sein.

Der Bruch mit Frankreich ist also das erste automatisch eintretende Ergebnis eines Sieges der Rechtsdiktatur. Deutschnationaler Kriegsführung das zweite. Was das alles für uns im Innern bedeuten würde, kann sich die falsche Propaganda nicht annähernd genau vorstellen. Selbstverleumdung wäre noch das mildeste, was man annehmen könnte. Deshalb gilt es jetzt, alle Kräfte des Volkes zur Abwehr der Rechtsdiktatur mobil zu machen.

Diese Rechtsdiktatur ist nicht etwa durch den „Sieg“ über den Hitler-Ludendorfschen Vierkaiserpakt ungefährlicher geworden — im Gegenteil! Die Gefahr des Erfolges der militärisch-reaktionären Gewalt diktatur wächst von Stunde zu Stunde. Im Süden rafft Herr Raab alle Kräfte zusammen, um sie planmäßiger und geschickter gegen „den Marxismus“ zu führen, als das der „militärische“ Schmierensöldner Hitler je konnte. Unter „Marxismus“ versteht Herr Raab jedoch die deutsche Republik, die Demokratie, die Berliner Regierung. Seine gefährliche Macht will er zur Forderung des Todesurteils gegen die Ergründung des November 1918 verwenden. Zugleich arbeiten die Deutschnationalen in Berlin mit ihm Hand in Hand. Sie sind jetzt so weit, daß sie die Kaiserinwitwe Marie Theresie von Österreich den Deutschen Volkspartei für ein Parteilager mit ihnen gewonnen haben. Es wird nur der geeignete Anlaß zur Vereinnahmung Stresemanns gesucht und erwartet. Dieser Augenblick ist nahe, denn das Kabinett Stresemann vertritt an seiner Unfähigkeit, gegen die Reaktion irgendwas zu unternehmen. Herr Stresemann macht der Reaktion eine Konzession nach der andern. Jetzt hat er den halbdeutschnationalen Dr. Jarres zum Innenminister gemacht, der nur darauf lauert, den Bruch mit Frankreich zu vollziehen und den bewaffneten Konflikt zu provozieren. In diesem Zweck wird Herr Jarres auch die Diktatur über das schaffende Volk energisch in die Hand nehmen. Sein Meister Stresemann wünscht das sogar. Herr Stresemann hat am Sonntag in Halle eine Rede gehalten, in der er vor den deutschnationalen Reaktionären geradezu Kostau macht. Darin warnte er sich vor dem Verfall gegen den Vortwurf, nicht arbeiter- und sozialistenfeindlich genug zu sein. Er fragte, was eine nationale Diktatur noch mehr leisten könne an Unterdrückung und Anbeugung der Arbeiterkraft und an arbeiterfeindlicher Sozialpolitik als die bisherige Regierung. Mit Recht verließ er sich auf die Verhängung des militärischen Ausnahmezustandes, auf den militärischen Einmarsch in Sachsen und Thüringen, auf das Ermordungs-gesetz, auf den Abbau der sozialen Einrichtungen, auf die Ernennung des Grafen Ramm als Reichsernährungsminister, auf das rigorose Vorgehen gegen die Berliner Druckdrucker und ähnliche gegen die Arbeiterbewegung gerichtete Handlungen mehr. Ausdrücklich sagte er, daß er mit der Rundgebung Raab gegen den Marxismus übereinstimme, daß er die Sozialdemokraten in der Regierung lediglich als Mittel für seine Zwecke benutzte habe, darum bedauere er das Scheitern der großen Koalition. Wenn man sich der Reaktion n o ch mehr prostituiert, als es hier Herr Stresemann tut? Er bereitet dem kommenden Militärdiktator den Weg, er macht ihm den Thron zurecht, er regiert bereits so, wie ein deutschnationales Militärdirektorium beginnen würde.

Der Reichstag ist so ziemlich ausgeschaltet. Er findet nicht die Kraft, sich in den Mittelpunkt der Macht zu setzen. Er soll vielleicht noch einmal tagen, aber schon meiden die reaktionären Blätter, daß dabei auch der neue Reichs-gewaltinhaber General v. Seeckt mitzubestimmen habe. Das bedeutet die Gefahr, in die Hand des Generals v. Seeckt die ganze Militärdiktatur und die vorgeschobene Gewalt gelegt zu haben. Seeckt ist — bezeichnenderweise — ein Junker. Wenn ihn Reichspräsident Ebert als „republikanisch-zuverlässig“ hält, so muß man an den Fall Bostow denken. Der war auch zuverlässig, so lange ihm nicht die Macht in die Hand gegeben wurde. Die Deutschnationalen spezifizieren ganz folgerichtig auf Seeckt. Haben sie erst Stresemann befehligen den Reichstag ausgeschaltet, so würde ein Militärdirektorium den Reichstag zum General v. Seeckt eilen und durch ihn alle Mittel der Republik für ihre Zwecke brauchen wollen.

Was sich dann abspielen würde, weiß man heute noch nicht, aber Vorgänge in der Geschichte geben Fingerzeige.

Die Schuld der bürgerlichen Parteien, die dies Treiben der Deutschnationalen und der Deserabos in der Deutschen Volkspartei huldern, wird immer unabweislicher. Demokraten und Zentrum sehen deutlich, daß es nur noch einen Weg zur Verhinderung der Rechtsdiktatur gibt: Aufnahme des Kampfes gegen die Reaktion. Wer zu dieser Kraftleistung sich nicht mehr fähig, jetzt nicht mehr. Die Regierung Stresemann ist bereits zur Rechtsregierung geworden. Dem düstigen Pakt seiner reaktionären Maßnahmen hätte er ansagen können, daß sein Kabinett auch die Kontrolle der Entente über die deutsche Ent-wicklung ablehne. Die Gründe sind verständlich, sicherlich. Aber es bleibt doch als Ergebnis dieser Ablehnung, daß die Bewaffnung der deutschen Reaktion nun von keiner Seite mehr kontrolliert werden kann. Daß als Objekt dieser Bewaffnung die Arbeiterklasse gelten wird, ist klar. Die Sozialdemokratie soll die Folgen jedes Schrittes der Stresemann-Regierung zu lasten bekommen. Die Entente hat zur Verwertung der Entwerfungskontrolle noch nicht Stellung genommen. Vorauszusehen ist, daß sie die Ausübung der Ententekontrolle nicht hinnehmen wird. Repressalien sind zu erwarten. Ebenso steht ein Eingreifen wegen der Erlaubnis zur Rückkehr des ehemaligen Kronprinzen bevor. Alles, was die Regierung Stresemann treibt, bringt uns die Entente-mächte auf den Hals, weil es mit unheimlicher Konsequenz in der Richtung der Rechtsdiktatur liegt. So ist Deutschland von seinen Machthabern und seinen nationalität-militärischen Gewaltmenschen tatsächlich zum schwebenden europäischen Brandherd erniedrigt worden.

Rechtung zu bringen vermöchte nur noch die Arbeiter-klassen. Ob dies vor der Explosion noch geschehen könnte, steht dahin. Sie hat sich auf die schwersten Kämpfe und die bedeutendsten geschichtlichen Entscheidungen vorzubereiten.

## Der Reichstag muß sprechen!

Der Sozialdemokratische Parlamentarier schreibt: Am Sonntag hat der Kongress der Deutschen Reichs in Halle vor einer weniger ansehnlichen Zuhörerschaft sich erneut seines Rufes zur Unpopulärkeit gerühmt. Er hat seit drei Monaten von diesem Ruf in Worten so viel zum Westen gegeben, daß er sich jetzt tatsächlich einbildet, ihn zu besiegen. In Wirklichkeit ist Stresemann immer wieder der von ihm mit Recht für einen verantwortungs-vollen Politiker als notwendig bezeichneten Eigenschaft so oft aus dem Wege gegangen, als es zweckmäßig gewesen wäre, sie zu zeigen. Ein Blick nach Bayern beweist das am besten, und die Betrachtung seiner Sonntagrede liefert ebenfalls einen Anhaltspunkt dafür. In Bayern regieren nach wie vor Hochverräter, ohne daß Herr Stresemann gegen sie, ganz abgesehen von Taten, auch nur ein Wort der Beurteilung zu finden vermocht hätte. Die Angst vor Unpopulärkeit verbot ihm als Reichstagspräsident, der im gleichen Augen-

blick von Hut sprach, die Komödie im Bürgerhaus und ihre Teil-nahme vor der Welt ins richtige Licht zu stellen, während er auf Drang nach Popularität im deutschen Viehhändlerum u. Sachsen widerrechtlich eine verfassungsmäßige Regierung ge-waltfam absetzte und später in Thüringen Reichswehr ein-marschieren ließ, die seit Wochen in Bayern notwendig gewesen wäre. Nicht einmal den Mut zur Selbstverteidigung gegen die von den Deutschnationalen betriebene Gehe hat Stresemann am Sonntag aufgebracht. Seine Rede war „freibleibend“ in jeder Be-ziehung — inhaltlos wie Herr Stresemann.

Die Parteien der bürgerlichen Mitte, das Zentrum und die Demokraten, machen sich an dem endgültigen Verfall des Reichs und der Erledigung des Parlamentarismus in hohem Maße mitschuldig, wenn sie dem von Parteigeist diktierten Treiben der Volkspartei länger zusehen. Leider sehen auch sie in gewissem Sinne unter dem Banner der deutschnationalen Agitation, die in ihrer Wirkung immer noch überhäuft wird, obwohl sie nichts anderes ist als ein großzügig zu Papier gesetztes Maulheldentum, diktiert von den vor dem finanziellen Zusammenbruch stehenden recht-radikalen Geheimorganisationen. Denn „jene Anhängerschaft im Lande“, auf die sich die Deutschnationalen bei ihren Drohungen gegen den Staat immer wieder berufen, bilden nur die seit Monaten in Organisationen zusammengeschlossenen Abenteuerer. Sie sehen jetzt infolge des Mangels an Finanzen ihren Verfall schwinden und rebellieren! Nichts anderes als diese Rebellenspiegelung ist in der deutschnationalen Agitation wider. Infolge dessen kann die heuchlerische Propaganda der Reaktion nicht mehr als Ausdruck der Stärke, sondern nur der Schwäche bewertet werden, genau wie die letzte Offensiv-Ludendorfs im Jahre 1918 von den Gegnern nach allen Pfeilschlägen nur noch als Zeichen eines geschwächten Gegners und letzter Versuch zur Rettung betrachtet werden mußte.

Die Schwäche muß wieder zur Stärke werden, wenn das Zentrum und die Demokraten durch ihre Stillschweigen und die Deutschnationalen in den Regierungsrat setzen helfen. Dann leben die Geheimorganisationen mit Unterstützung sozialistischer Gelder, wie es bereits heute in Bayern ist, wieder auf und regieren unser Volk nach ähnlichem Muster wie in der bayrischen „Ordnungszelle“. Das System der Verheerung, der Vernichtung jedes Gemeinwohlgedankens, wird noch in weit stärkerem Maße um sich greifen als es bisher schon der Fall ist.

Wer es mit Staat und Volk ernst meint, kann und darf hierzu seine Hand nicht bücken, und deshalb sind wir der Auf-fassung, daß es auch die Pflicht des Zentrums und der Demokraten ist, gemeinsam mit der Sozialdemokratie jetzt endlich die notwendige Klarheit zu schaffen. Die notwendige Initiative wird der Vorstoß der sozialdemokratischen Reichs-tagstaktion am Dienstag durch einen Antrag auf Verberufung des Reichstages ergreifen. Es heißt dann für die Parteien der bürgerlichen Mitte im Reichstag Anschlag zu suchen, ehe es zu spät ist.

## Die bayerische Gummizelle

Wölfische Rundgebungen gegen Raab — Attentatsstimmung — Die Hochverräter Raab und Ehrhardt

München, 12. November. (Eigener Drahtbericht.) Die allgemeine Volksstimmung gegen Raab ist unverändert die gleiche. Allerdings zeigte sie sich am Montag noch außen hin nicht mehr mit derselben Heftigkeit wie am Sonntag, wo sie in den Abendstunden zwischen 5 und 7 Uhr einen schillernden Höhepunkt in zwei Demonstrationen erreichte. Den Kern des einen Tages bildeten etwa 500 forsbetragende Studenten, die ihren Weg von der Universität durch die Ludwigstraße ins Stadttornere nahmen und dessen sich Tausende von Passanten angeschlossen. Beide Demonstrationen, die sich in Niedertrüben gegen Raab und Hoch-verräter auf Hitler nicht genug tun konnten, wurden in der Nähe der Residenz von Polizei und Reichswehr auseinander getrieben, wobei einige Schreckschüsse fielen. Um 8 Uhr abends setzte die Säuberung der Straßen ein, die in kurzer Zeit vollkommen durchgeführt war. Für Dienstag, den Begründungstag der Toten vom Freitag, befürchtet man neue Ausschreitungen. Die in den letzten Tagen auf abends 8 Uhr festgesetzte Polizeistunde wurde ab Mon-tag auf 10 Uhr verlängert.

Wie die Gefangenenliste Ollers, die jetzt amtlich be-fähigt wird, auf die erregte Volksstimmung wirken wird, ist im Augenblick noch nicht zu beurteilen. Zweifellos werden seine fanatisierten Parteianhänger, vor allem die wölfischen Studenten, ihre Agitation auf seine Freilassung einstellen. Daß die Radikalisierung der Studentenkraft erschreckend fortschreitet, davon zeugte eine neue Studentenversammlung, die am Montag mittags um 12 Uhr in der Universität abgehalten wurde. Die Stimmung war noch erregter wie am Sonntagabend. Man hörte sogar Rufe mit dem Wunsch, es möge sich einer finden, der Raab umbringe wie Sand den Raab. Die beiden Redner der Universität und der Technischen Hochschule sowie die als sehr nationalität-militärisch bekannten Professoren Bauerbrunn und Graf du Roussin versuchten vergeblich, auf die Studenten beruhigend zu wirken.

Als erster Redner sprach — Kapitän Ehrhardt, der er-klärt, er stelle sich an die Spitze der nationalen Revolution und bitte die Vaterländischen Verbände, sich ihm anzuschließen. Hinter ihm stünden bereits außer seinen eigenen Organisationen der Bund „Oberland“ und die Kadetten. Die große Mehrheit der Versammelten schloß sich ihm an, worauf noch der be-rüh-

te Schmalz, der sich in der Revolution vor fünf Jahren als wüster Unabhängiger gebürdet, eine Rede hielt. Hiernach zogen die Versammelten auf die Straße und verjagten einen Demon-strationszug zu bilden, der aber sofort durch Reichswehr aus-einandergetrieben wurde. Durch eine Verfügung des Generalstaatskommissars wurde daraufhin

die Universität auf drei Tage geschlossen und Haftbefehl gegen Schmalz erlassen. Von Regierungsseite wird übrigens behauptet, daß Ehrhardts Ausführungen die Ten-denz gehabt hätten, er stelle sich hinter Raab. Das ist freilich nicht ganz unrichtig; jedenfalls ist bis zur Stunde das Verhältnis zwischen Raab und Ehrhardt noch ungeklärt, und es ist auf Grund anderer Tatsachen wohl damit zu rechnen, daß Ehrhardt eine feste Stütze der Diktatur Raab wird.

Ein Abfall der „Vaterländischen Vereinigung“ (ehemalige Einwohnerwehren) von Raab hat noch nicht stattgefunden. Am Sonntagabend wurde unter den Mit-gliedern eine Urabstimmung vorgenommen, mit der Frage: für oder gegen Raab. Wie sie ausgefallen ist, konnte man bis jetzt nicht zuverlässig erfahren; doch heißt es, daß sich eine Mehrheit für Raab ergeben hätte, und daß bereits einzelne Führer, die sich gegen Raab ausgesprochen haben, durch fortschreitende Elemente er-zogen worden seien. Vor dieser Abstimmung (in der Nacht zum Sonntag) richteten die Vaterländischen Verbände ein Schreiben an den Generalstaatskommissar, in dem zwei Forderungen, aber ohne ultimativen Charakter, enthalten sind: 1. Entlassung und Amnestierung der verhafteten Führer; 2. Aufhebung des Verbotes der wölfischen Parteibewegung. Eine Entschärfung über diese For-derungen ist noch nicht getroffen und wird voraussichtlich so schnell auch noch nicht fallen. Die Tatsache, daß sich wider Erwarten

auch auf dem Lande eine starke Stimmung gegen Raab herausgebildet, macht die Haltung der Vaterländischen Volkspartei noch schwieriger. Die Fraktion der Partei tagt beinahe in Bernau, ohne bisher irgendwelche Entscheidungen getroffen zu haben. Ein-mütigkeit besteht über die Notwendigkeit der Wiederherstellung der Staatsautorität und vor allem der Autorität der Regie-rung. Das bedingt unter anderem eine Stellungnahme gegen Raab, der seine isolierte Diktaturposition jetzt vollkommen auf



feinen Partein, Vorkommnisse, die bewaffnete Macht stützten. Da es nun der Nationalsozialistischen Partei darauf ankommt, die Geschlossenheit der bewaffneten Macht im Staate, den doch eigentlich sie regiert, zu erhalten, so gibt es für sie nur das eine, den Generalstaatskommissar einzuweisen in seinem Amte zu lassen. Ihre Parole für die nächste Zeit heißt also: Im Namen der Partei, die die deutsche Nation, die deutsche Nation, die deutsche Nation regiert, die deutsche Nation, die deutsche Nation, die deutsche Nation regiert.

Das der äußerlichen Erledigung des Hitler-Rudendorff-Puffches für die politische Situation also außerordentlich ungeklärt. Die staatspolitischen Kräfte der Reaktion stehen in bestimmter Hinsicht einander gegenüber:

1. die Bayerische Volkspartei und die von ihr getragene Regierung.
2. die legale bürgerliche Bewegung und die mit ihr sympathisierende Volkspartei.
3. der Generalstaatskommissar v. Kahr und die mit ihm durch Koffow und Seiger verbundene bewaffnete Macht, die tatsächlich die Staatsgewalt in Händen haben.

Gegen alle drei steht die Sozialdemokratie und die Arbeiterklasse, die der Diktator Kahr durch das aus rein politischen Gründen erlassene Verbot der Sozialdemokratischen Presse, nahezu völlig geknebelt hat. Wie sich die Arbeiterklasse in dieser ganz ungewöhnlich schwierigen Situation zu entscheiden hat, ist für die Partei und für die freien Gewerkschaften eine Frage von weitestgehender Bedeutung. Man muß wünschen, daß sie ihre Tatkraft und ihre grundsätzliche Haltung nur von den vollen Tatsachen bestimmen lassen und in ihren Handlungen in keiner Weise vom Willen ihrer gemeinsamen Gegner abhängig werden.

### Hitler in Haft

München, 12. November. Der Führer der Nationalsozialistischen Partei ist gestern, nachts gegen 11 Uhr, am Staffelfee von der Polizei ohne Widerstand verhaftet worden. Nach einer Pressemitteilung wurde er nach Landsberg am Lech abgeführt, wo er gefangen gehalten wurde.

### Antifische Sozialistenverfolgung

München, 12. November. (Mitt.) Der Generalstaatskommissar hat durch Verordnung vom 11. November die kommunistische Partei verboten und aufgelöst und die sozialistische Presse verboten.

München, 12. November. (Mitt.) Der am Sonnabend von der Gruppe verhaftete Führer der Nationalsozialistischen Partei, ist wieder freigelassen worden und fährt gegenwärtig im Auto durch die Straßen und hält aufsehende Reden. In den Plakatsäulen sind Telegramme angebracht, nach denen Hitler in München Herr der Lage, und die bayerische Regierung gelächelt sei. Die Erregung nimmt abnehmend zu.

### Poincarés „Sachverständige“

Paris, 12. November. Ministerpräsident Poincaré hat sich entschlossen, den Plan der Einsetzung eines Sachverständigenausschusses zu übernehmen. Er hat infolgedessen den französischen Delegierten in der Reparationskommission, Barthou, beauftragt, morgen der Reparationskommission vorzuschlagen, ein Sachverständigen-Komitee zu ernennen. Dieses Sachverständigenkomitee soll sich aus Vertretern der Länder zusammensetzen, die im Reparationsauschusse vertreten sind.

Eswelt die Meinung. Sie sagt nichts Heberaufwendendes. Wenn Poincaré hatte von vorherherin gefordert, daß nur die

Repto die Reparationsfrage zu besprechen und zu lösen habe. Nachdem er den amerikanischen Plan einer allgemeinen Konferenz unter Beteiligung Amerikas endgültig als Fall gebracht hat, will er jetzt die Komödie als Possé weiter spielen. Die „Sachverständigen“, die die Repto ernennen wird, sind von vornherein nicht möglich erscheinen. Über angelegte der Reparationsfrage, was ihnen die Repto einbringt und erlaubt. Diese Sachverständigenkommission ist nichts weiter, als ein Unterwiesenschein der Repto, der keinerlei besondere Bedeutung hat. Wenn England auf diese Possé eingeht — und es bleibt ihm gar nichts anderes übrig, da es mit Frankreich nicht brechen will —, so werden auch die „Sachverständigen“ ein Werkzeug des französischen Imperialismus und eine weitere Stufe der Machtpolitik Poincarés.

### Das Ende der thüringischen Regierungskoalition

Weimar, 12. November. Durch eine heute herausgegebene, sehr umfangreiche Mitteilung, die an den Präsidenten des Landtags, an die Regierung von Thüringen und die thüringische Arbeiterschaft gerichtet wurde, erklären die thüringischen kommunistischen Minister Tennert, Neubauer und Kersch, daß sie ihre Ämter niederlegen und aus der Regierung austreten. Sie werfen dabei der gesamten Sozialdemokratischen Partei und der thüringischen im Besonderen sowie den thüringischen sozialistischen Ministern u. a. vor, daß sie die Republik durch den Belagerungszustand abgesehrt, dem sächsischen Proletariat nicht die versprochene Treue gehalten, die sozialistisch-kommunistische Regierungskoalition gesprengt und Thüringen der gegenwärtigen sächsischen Reichsregierung ausgeliefert hätten.

Aus Weimar wird noch dazu gemeldet:

Donnerstag den 8. November hat die Landtagsfraktion der K. P. D. nach eingehender Beratung über das Verhalten der kommunistischen Partei und der kommunistischen Regierungsglieder in Thüringen die Entscheidung getroffen, daß nach dem Vorgefallenen ein dauerndes Arbeiten mit den Kommunisten nicht möglich erscheint. Über angelegte der Landtagsfraktion des Reichstages, daß die Kommunisten einer Landesregierung nicht angehören könnten, hielt die Fraktion eine Erklärung der Differenzen mit der kommunistischen Partei zur Zeit nicht für angebracht und glaubte deshalb, die Entscheidung bis zur Aufhebung der Belagerung von Weimar zurückstellen zu müssen. Durch das Verbot des 8. November vorläufig ergangene Verbot des Militärbeschlusses, Kundgebungen jeder Art nicht ohne seine Genehmigung zu veranstalten, sah sich die Landtagsfraktion der K. P. D. außerstande, der Arbeiterschaft Thüringens das Ergebnis ihrer Beschlüsse zur Kenntnis zu bringen, da sie im Interesse ihrer Partei es nicht für angebracht hielt, den Militärbeschlüssen ohne Genehmigung der Belagerung ihres Aufrufs zu erlauben. Nach Aufhebung des Verbots teilte sie der Arbeiterschaft Thüringens am Montag die am 8. November gefassten Beschlüsse mit. Sie wird zu dem inzwischen erfolgten Rücktritt der kommunistischen Regierungsmitglieder und dessen Begründung umgehend vor der Öffentlichkeit ausführlich Stellung nehmen.

### Die Bergewalligung der Pfalz

In Speyer haben die Separatisten das Regierungsgebäude mit Maschinengewehren und Sandgranaten angegriffen und nach mehrstündigem Gefecht dank der französischen Unterstützung und der Eingreifenden der französischen Tanks besetzt. Die Gendarmen, die

freier Abzug aus dem Regierungsgebäude ausgeht worden war, wurde später von den Franzosen verhaftet.

In kleineren Orten um Speyer wurden die Separatisten in einem Kampfe, bei dem sie acht Tote verloren, von Arbeitern, Bauern und Bürgern in die Flucht geschlagen.

### Ein Hochkrei der Pfälzer

Der Regierungspräsident Mathews hat folgendes Schreiben an General de Metz gerichtet:

Gegen die von Ihnen selbst angebotene, nunmehr mit französischer Hilfe eingeleitete Bergewalligung des Pfälzer Volkes durch von Ihnen selbst wiederholt als Gefinbel bezeichnete landfremde Banden erhebe ich im Namen des Pfälzer Volkes und der pfälzischen und bayerischen Regierung scharfen Protest.

Entgegen der Erklärung Ihres Ministerpräsidenten, sich neutral zu verhalten, wurden die Banden kostenlos mit der Regierbahn herangeführt, von französischen Behörden untergebracht und verpflegt und von Ihrem Bezirksbelegierten ausdrücklich anerkannt. Unter französischem Schutze plünderten und künftigen die spannischen Banden, wurden treue Deutsche entwaffnet, eingekerkert und verschleppt.

Nach dem Rheinlandabkommen und der Verordnung 8 des Rheinlandkommission war und ist es Ihre Pflicht, diese Banden zu entwaffnen und die deutsche Polizei bei Aufrechterhaltung der Ordnung zu unterstützen.

### Sächsische Sozialdemokratie und K. P. D.

Von Oskar Edel.

Genosse Dittmann bemühte sich in einem kürzlich veröffentlichten Artikel in den Nachweil, daß nicht das Ultimatum des Reichstages die Regierungskoalition zwischen Kommunisten und Sozialisten zerklüftet habe, daß vielmehr die sozialistisch-kommunistische Regierung faktisch bereits erledigt war, ehe das Ultimatum kam. Die Frage, wodurch die sächsische Regierung zerklüftet wurde, ist von großer Wichtigkeit und bedingt deshalb eine klare Antwort. Es handelt sich dabei nicht so sehr darum, ob die getroffene Lösung der Regierungskrisis in Sachsen richtig oder falsch war. Es handelt sich darum, wie die sächsische Partei künftig ihr Verhältnis zu den Kommunisten einzustellen hat. Wenn es richtig ist, daß allein die Kommunisten an der Bergewalligung Sachsens durch die Reichsregierung die Schuld tragen, dann kann man fernerhin nicht mit ihnen zusammenarbeiten. Es ist aber falsch, die letzten Ereignisse in Sachsen so zu beurteilen. Dafür, daß die sozialistisch-kommunistische Regierung gelöst worden ist, waren andere entscheidende Ursachen maßgebend. Es handelt sich wie nun Thüringen zeigt, um einen systematischen Vorstoß der Reaktion. Die Landesparlamenten haben darüber befunden. Der Landesparteitag wird endgültig zu entscheiden haben.

Der Weg, zu dem sich die Landtagsfraktion unter dem Druck der Reichsregierung und dem Drängen der Separatisten des Parteivorstandes entschließen hat, hat schon jetzt zu schweren Komplikationen geführt. Die Deutsche Volkspartei verlangt ihren Eintritt in die Regierung. Da dies vermehrt wurde, hat sie den Antrag auf Auflösung des Landtags gestellt. Auch die Demokraten betonen die jetzige rein sozialistische Regierung nur als ein Übergangskabinet zur offenen Koalition, wie sich das deutlich aus einer Mitteilung des demokratischen Parteivorstandes und aus den Ausführungen des demokratischen Landtagsabgeordneten Dr. Dehne in einer Versammlung der Dresdner Demokraten ergibt.

Wie steht es demgegenüber mit der Möglichkeit des sozialistisch-kommunistischen Zusammenarbeitens? Der Eintritt der K. P. D. in die Regierung war nur denkbar, nachdem eine monatelange parlamentarische Zusammenarbeit zwischen K. P. D. und K. P. D. vorangegangen war, die, so viele Schwierigkeiten sie auch bot, dennoch reibungslos vor sich ging, wie die neue Bindung, zu der sich die Landtagsfraktion bereit gefunden hat.

Die Regierungstätigkeit der K. P. D. selbst bot, wenn sie auch nicht befriedigend, doch keinen genügenden Grund zur Auflösung der Koalition. Trifft das auch auf das sonstige Verhalten der K. P. D. zu? Soweit Sachsen in Betracht kommt, ist ohne den Druck des Reiches bestände zweifellos die Regierung mit der K. P. D. heute noch.

Wenn die kommunistische Partei nach der Bergewalligung des Belagerungszustandes, der einseitig gegen die Arbeiterschaft gerichtet war, gewisse unfaire Schritte unternahm, wie die Heranziehung jenes vielgenannten Flugblattes, in dem es heißt, die K. P. D. wolle auf alle Fälle und Verbote, die noch kommen werden, so muß man das bedauern, doch ist gerade vom sozialistischen Standpunkt aus eine scharfe Enttarnung sehr wohl am Platze. Denn es ist ein Skandal, daß Maßnahmen gegen Sachsen getroffen werden konnten, die nichts weiter als Provokationen der Arbeiterschaft waren. Auch jetzt noch ist die Handhabung des Ausnahmezustandes und die militärische Eroberung eines friedlichen Landes ein Vorbild für das Befolgen des legalen Vorgehens der Reaktion, um den es sich tatsächlich handelt.

Die Frage stand nach der Bergewalligung des Ausnahmezustandes nicht nur für die Kommunisten, sondern auch für die sozialdemokratische Arbeiterschaft so: Soll man gegen die Reaktion ankämpfen oder muß man sich fügen? Man würde sich klar, daß ein Kampf der sächsischen Arbeiterschaft allein aussichtslos sei. Es ist ein Erfolg der Verhandlung der beiden proletarischen Parteien zu suchen, daß sich nach analogem Widerstreben auch die K. P. D. dieser Formel angeschlossen und dann auch demselben handelte. Einziges aber bestand darüber, daß ein Akt über das ganze Reich möglich, nötig und somit erstrebenswert sei. Als sich aber die sächsischen Parteiorganisationen in höchster Not um Hilfe an die Reichsparteileitung wandten, war es tatsächlich deren einzige Sorge, wie das Verhalten der Partei zu den Kommunisten „beruhigt“ werden könne. In der Reichspartei der K. P. D. sah der Parteivorstand die einzige Hilfe. Er beklundete in allen Verhandlungen dieselbe Auffassung, die, ausgesprochen in dem Augenblicke, als Sachsen von dem Ultimatum der Reichsregierung bedroht war, der Sozialdemokratische Parteivorstand in nachstehenden Sätzen im Reich verbreitete:

In Anbetracht des Verhaltens der Kommunisten in Sachsen taucht die Frage auf, ob es noch länger möglich ist, mit der kommunistischen Partei eine gemeinsame Koalition zu bilden. Wir sind der Auffassung, daß das Staatswohl widerspricht und es nicht nur für Sachsen, sondern für das ganze Reich zu berücksichtigen wäre, wenn die kommunistische Partei aus der sächsischen Regierung verschwinde.

Daß die hier bekundete Einstellung die stärkste Belastungsprobe der sozialistischen Position des Landes war, konnte nicht zweifelhaft sein.

Genosse Dr. Zeigler hat die Arbeiterschaft aufgefordert, sich nicht provozieren zu lassen. Das schloß einen politischen Kampf gegen die Militärregierung nicht aus. Darauf kommt es an. Die Regierung war als Regierung der republikanischen Verteidigung errichtet worden. Von einem Kampf gegen die Militärregierung, ist nichts bekannt ge-

## „Der ärgste Unglücksführer“

Rudendorffs moralische Hinrichtung

Daß die reaktionäre Presse ihren Heros Rudendorff trotz seiner neuesten Münchener Blomage nicht fallen lassen würde, war vorauszusetzen. Doch auch die ewig Nationalliberalen mühen sich, um das durchaus nicht mehr schwankende Charakterbild des großen Kriegsverbrechers und Bankrotteurs zu retten. Diesem Zweck seien aus den Reihen der erblichen demokratischen Presse einige Stimmen entgegengestellt. Das Leipziger Tageblatt schreibt:

„Wenn der Reichstag gestern das deutsche Volk zur klaren Pflicht zurückzuführen zu müssen glaubte, so deutete das, wie uns scheint, namentlich, auch auf die Pflicht der Erkenntnis der mit keiner „schönen“ oder anderen Schminke gefärbten Wahrheit über die Personen und Verhältnisse, die den Weg zu unserm Unglück bezeichnen. Denn nur um diesen Preis haben wir Hoffnung, den Weg aus dem Unglück heraus zu finden. Wenn ein so weit reichendes Organ wie die Korrespondenz der Bayerischen Volkspartei, nach dem Münchener Freilogs-Putsch schrieb, daß der von vorherhin ausfällige Streich eines „außerordentlich betrüblichen Rückblicks auf die Qualitäten des Herrschers Rudendorff nahelege“, so ist damit an einen ganzen Komplex von abwegigen Gedanken, irdigen Vorstellungen gerührt, von denen wir uns erst einmal lösen müssen, um die von einem Recht von halben Wechsellern und ganzen Lügen gebotene Bahn zur nationalen Wiederbelebung freizumachen.“

Wir beneiden die Mütter, wie das Dresdner Bürgermeistertblatt, um die Ohrfeigen, die hier auch ihm ausgeteilt werden, wahrlich nicht. Ebenso scharf wie Leipziger Tageblatt, Berliner Tageblatt, Boffische Zeitung, Frankfurter Zeitung usw. äußert sich die Berliner Volkszeitung:

„Und Rudendorff“ steht, der Heros, der Hebermann, der sich anmaßte, die Geschichte des deutschen Volkes in seine Hand zu nehmen? Der Göze ist gefallen. Auch bleibt ein Monomane von seiner Verworfenheit, ohne Weiblich, ohne Dien, ohne Herz. Der Mann, der sich einbildete, Weltgeschichte machen zu können und sich doch nicht als der ausgefallene aller Politiker erwies, schließt seine Laufbahn als Spiegelfalle eines unfehlbar tölpelhaften komischen Psychopaten, den seine marktschreierische Verbundenheit geradezu zum Auswurf beim Oktoberfest prädestiniert. Rudendorff an Hitler! Sei es, als ob sich ein gealterter Don Juan an der Seite einer längst verblühten Schönheit freizeigt; er glaubt Triumphe zu feiern, — aber die Welt lächelt über das verrückte Paar.“

Am 9. November wollte Rudendorff Hochgericht halten über seine Feinde. Aber was dabei herausgekommen ist, das ist mehr als ein absonderliches Nummernspiel, mehr als sein persönlicher Bankrott. Dieser 9. November hat das verpönte aber gerade Urteil über den ärgsten Unglücksführer der deutschen Geschichte gebracht. Viele Gefahren liegen noch vor uns. Aber die große Bombe Rudendorff ist als Hindernis am Straßenrand liegen geblieben.“

Es gehört zum Wibe der bayerischen Ordnungsgelle und der deutschen Gerechtigkeit, daß dieser Verbrecher und Hochverräter sich heute bereits wieder auf freiem Fuß befindet, während in Sachsen, Thüringen und anderswo harmlose Anhänger des Antiradikalismus in Untersuchungshaft

sitzen. Das Leipziger Tageblatt schreibt zu diesem Zweck:

„Die Freilassung Rudendorffs gegen die ehrenwörtliche Versicherung, daß er sich an dergleichen Unternehmungen nicht mehr beteiligen werde, eröffnet neue Aussichten für die Handhabung der Justiz im Deutschen Reich. Denn es ist klar und eine Forderung elementarer Gerechtigkeit, daß das Verfahren, den auf frischer Tat ergriffenen Verbrecher gegen die ehrenwörtliche Versicherung des Rückfalls auf freien Fuß zu setzen, nicht auf Rudendorff allein beschränkt bleiben darf, sondern auch auf geringeren Verbrechern schuldige Leute ausgedehnt werden muß. Wie bis zum Menschen sind, so wird berichtet, durch den Rudendorff-Putsch auch Leben gekostet. Gewiß, was sind acht oder zehn Seelen mehr oder weniger neben den Hunderttausenden, die durch die Mängel der Kriegsführung des unfähigen und selbstfertigen Oberführers untergingen. Doch immerhin, es sind acht oder zehn Tote, oftunkindige Opfer der Rudendorffs, und so wird fortan jeder andere, der Blutschuld auf sein Haupt geladen hat, die Wohlthat der neuen Rechtsprechung beanspruchen dürfen, die den Schuldigen frei aussetzen läßt, sofern er nur sein Ehrenwort gibt, dergleichen künftig zu unterlassen. Und gar, wenn es sich um mindere Verbrechen handelt als Hochverrat, Rebellion mit bewaffneter Hand, Totschlag und was alles noch an Verbrechen in dem Rudendorffschen Unternehmen begriffen ist. Der auf frischer Tat ergriffene Dieb z. B. wird dem Richter ehrenwörtlich versichern, daß er es nicht mehr tun werde, und der Fall wird, dem Schema Rudendorff gemäß, zur allgemeinen Zutriebensheit erledigt sein.“

### Er konnte wieder nichts dafür

In nebelgrauen Morgen des 12. März 1921 spazierte — rein zum Vergnügen — um 6 Uhr früh ein Herr am Brandenburger Tor in Berlin umher — General Rudendorff. Kein zufällig rücken zur selben Stunde die Appropositen unter Führung Ehrhards durch das Brandenburger Tor ein. Herr Rudendorff hatte keine Ahnung. Dasselbe läßt im Bürgerrecht zu München erfahren. „Gefährlich und ohne jede Kenntnis der Zusammenhänge“ — o, ahnungsloser Engel du! — ist er in das Hitlerunternehmen hineingekittert, wie weilsand die von ihm geführte Armee in die größte Niederlage, die je einem Heerführer zuteil wurde. Hitler hat ihn einfach zu später Abendstunde telephonisch bitten lassen, in einem zugehenden Auto Weg zu nehmen und sich nach dem Bürgerbräuereier zu begeben, um sich „freiwillig dem Herrn Generalstaatskommissar zu stellen“. Und dabei hatte der so überaus vorsichtig politisierende General sich der vaterländischen Kundgebung und der weltbewegenden Programmrede Kahr ferngehalten, um so nicht in eine Ungelegenheit verwickelt zu werden. Trotz dieser Vorsicht mußte er Hitler in die Falle gehen. Immerhin hat er eine Lüge: Wenn's ihm auch schwer fällt, mutig zu sein und der Wahrheit treu zu bleiben, so bleibt er wenigstens sich treu. Er schwindelte das deutsche Volk während des Krieges an und bleibt auch heute bei dieser Methode. Sei!



Es kann also auch ein solcher Fall nicht gebrochen werden. Es kann also auch ein solcher Fall nicht gebrochen werden...

Dieser Rufus, hinter dem Rücken der Sozialdemokratie von den maßgebenden Instanzen der R. P. D. herausgegeben, war ein gut beispiellose Freilassung und bedeutet wirklich den Bruch der Regierungskoalition durch die Kommunisten.

Am Sonntag, 28. Oktober, also nach der Rede Dr. Beigners, verbreitet worden. Er war schon einige Tage vorher — zum mindesten in Dresden — an den Straßenecken angeklebt.

hat denn auch Genosse Dr. Beigner zunächst für das politische Ansehen lediglich ein unangenehmiges Kleinbild gezeichnet. In einer Rede bezeichnete er die vorliegenden Beispielsätze, wie das Flugblatt, ausdrücklich als nicht schlagend und gefucht.

Die sachliche Arbeiterregierung ist geplatzt worden, was im Grunde die große Koalition zu erhalten, um der Reichsregierung, um dem Kampfe auszuweichen. Das Opfer ist zahllos gebracht worden.

Dieses Ziel ist also erreicht worden. Die sachliche Arbeiterregierung ist geplatzt worden, was im Grunde die große Koalition zu erhalten, um der Reichsregierung, um dem Kampfe auszuweichen.

Aus den Ereignissen der letzten Wochen geht nicht hervor, daß auch für die Zukunft die, wenn auch noch unvollkommene Einheitsfront, zu der die sachliche Arbeiterregierung gelangt war, geschäftlich überwinden sei und daß das Experiment einer sozialistisch-kommunistischen Regierung sich noch nicht erledigt habe.

Reichsinnenminister Jarres. Die angeforderte Ernennung des Oberbürgermeisters von Jüdisburg, Dr. Jarres, zum Reichsinnenminister ist erfolgt.

Der Reichsminister Jarres. Die angeforderte Ernennung des Oberbürgermeisters von Jüdisburg, Dr. Jarres, zum Reichsinnenminister ist erfolgt.

Die Verhandlung für die Verbindung mit den Kommunisten ist der Politik der großen Mehrheit der Partei und des Parteivorstandes entgegengekehrt, und die Verhandlungen, die nach dem Wortlaut des Kommunisten-Büchchens unter Sozialdemokratie und Kommunisten bestehen sollen, müssen als Parteiverfälschung angesehen werden.

Die Verhandlung für die Verbindung mit den Kommunisten ist der Politik der großen Mehrheit der Partei und des Parteivorstandes entgegengekehrt, und die Verhandlungen, die nach dem Wortlaut des Kommunisten-Büchchens unter Sozialdemokratie und Kommunisten bestehen sollen, müssen als Parteiverfälschung angesehen werden.

Die Verhandlung für die Verbindung mit den Kommunisten ist der Politik der großen Mehrheit der Partei und des Parteivorstandes entgegengekehrt, und die Verhandlungen, die nach dem Wortlaut des Kommunisten-Büchchens unter Sozialdemokratie und Kommunisten bestehen sollen, müssen als Parteiverfälschung angesehen werden.

Die Verhandlung für die Verbindung mit den Kommunisten ist der Politik der großen Mehrheit der Partei und des Parteivorstandes entgegengekehrt, und die Verhandlungen, die nach dem Wortlaut des Kommunisten-Büchchens unter Sozialdemokratie und Kommunisten bestehen sollen, müssen als Parteiverfälschung angesehen werden.

Die Verhandlung für die Verbindung mit den Kommunisten ist der Politik der großen Mehrheit der Partei und des Parteivorstandes entgegengekehrt, und die Verhandlungen, die nach dem Wortlaut des Kommunisten-Büchchens unter Sozialdemokratie und Kommunisten bestehen sollen, müssen als Parteiverfälschung angesehen werden.

Die Verhandlung für die Verbindung mit den Kommunisten ist der Politik der großen Mehrheit der Partei und des Parteivorstandes entgegengekehrt, und die Verhandlungen, die nach dem Wortlaut des Kommunisten-Büchchens unter Sozialdemokratie und Kommunisten bestehen sollen, müssen als Parteiverfälschung angesehen werden.

Die Verhandlung für die Verbindung mit den Kommunisten ist der Politik der großen Mehrheit der Partei und des Parteivorstandes entgegengekehrt, und die Verhandlungen, die nach dem Wortlaut des Kommunisten-Büchchens unter Sozialdemokratie und Kommunisten bestehen sollen, müssen als Parteiverfälschung angesehen werden.

Die Verhandlung für die Verbindung mit den Kommunisten ist der Politik der großen Mehrheit der Partei und des Parteivorstandes entgegengekehrt, und die Verhandlungen, die nach dem Wortlaut des Kommunisten-Büchchens unter Sozialdemokratie und Kommunisten bestehen sollen, müssen als Parteiverfälschung angesehen werden.

Die Verhandlung für die Verbindung mit den Kommunisten ist der Politik der großen Mehrheit der Partei und des Parteivorstandes entgegengekehrt, und die Verhandlungen, die nach dem Wortlaut des Kommunisten-Büchchens unter Sozialdemokratie und Kommunisten bestehen sollen, müssen als Parteiverfälschung angesehen werden.

Die Verhandlung für die Verbindung mit den Kommunisten ist der Politik der großen Mehrheit der Partei und des Parteivorstandes entgegengekehrt, und die Verhandlungen, die nach dem Wortlaut des Kommunisten-Büchchens unter Sozialdemokratie und Kommunisten bestehen sollen, müssen als Parteiverfälschung angesehen werden.

### Wucher allerwärts

Auf der Berliner Güterauktion kam es am Mittwoch infolge der enormen Preissteigerung zu heftigen Szenen. Für leichte Objekte, Autos, Möbel- und Porzellanstücke wurde ein Preis von 500 bis 800 Goldpfennigen gefordert.

Die Vorgänge auf der Berliner Güterauktion haben keineswegs vorüber. Bereits seit zwei Wochen zeigt die Berliner Getreidebörse, wie man das Volk ausbeutet.

Die Vorgänge auf der Berliner Güterauktion haben keineswegs vorüber. Bereits seit zwei Wochen zeigt die Berliner Getreidebörse, wie man das Volk ausbeutet.

### Parteiangelegenheiten

#### Nachwort zu einem Aufruf

Die Redaktion der Chemnitzer Volksstimme hatte dem Aufruf des Parteivorstandes vom 2. November einen Kommentar beigegeben, der den Aufruf kritisch unter die Lupe nahm und sich dagegen wandte, daß der Parteivorstand auch in diesem Aufruf die Kommunisten in die Lage dröhne.

Der Parteivorstand weiß diesen Versuch, die Einigkeit und Geschlossenheit der Partei in der gegenwärtigen Situation zu fördern, auf das Entschiedenste zurück. Der Kommentar der Redaktion der Chemnitzer Volksstimme stellt sich schärfend vor die Gegner der Partei von rechts und von links.

Die Verhandlung für die Verbindung mit den Kommunisten ist der Politik der großen Mehrheit der Partei und des Parteivorstandes entgegengekehrt, und die Verhandlungen, die nach dem Wortlaut des Kommunisten-Büchchens unter Sozialdemokratie und Kommunisten bestehen sollen, müssen als Parteiverfälschung angesehen werden.

Die Verhandlung für die Verbindung mit den Kommunisten ist der Politik der großen Mehrheit der Partei und des Parteivorstandes entgegengekehrt, und die Verhandlungen, die nach dem Wortlaut des Kommunisten-Büchchens unter Sozialdemokratie und Kommunisten bestehen sollen, müssen als Parteiverfälschung angesehen werden.

Die Verhandlung für die Verbindung mit den Kommunisten ist der Politik der großen Mehrheit der Partei und des Parteivorstandes entgegengekehrt, und die Verhandlungen, die nach dem Wortlaut des Kommunisten-Büchchens unter Sozialdemokratie und Kommunisten bestehen sollen, müssen als Parteiverfälschung angesehen werden.

Die Verhandlung für die Verbindung mit den Kommunisten ist der Politik der großen Mehrheit der Partei und des Parteivorstandes entgegengekehrt, und die Verhandlungen, die nach dem Wortlaut des Kommunisten-Büchchens unter Sozialdemokratie und Kommunisten bestehen sollen, müssen als Parteiverfälschung angesehen werden.

Die Verhandlung für die Verbindung mit den Kommunisten ist der Politik der großen Mehrheit der Partei und des Parteivorstandes entgegengekehrt, und die Verhandlungen, die nach dem Wortlaut des Kommunisten-Büchchens unter Sozialdemokratie und Kommunisten bestehen sollen, müssen als Parteiverfälschung angesehen werden.

Die Verhandlung für die Verbindung mit den Kommunisten ist der Politik der großen Mehrheit der Partei und des Parteivorstandes entgegengekehrt, und die Verhandlungen, die nach dem Wortlaut des Kommunisten-Büchchens unter Sozialdemokratie und Kommunisten bestehen sollen, müssen als Parteiverfälschung angesehen werden.

Die Verhandlung für die Verbindung mit den Kommunisten ist der Politik der großen Mehrheit der Partei und des Parteivorstandes entgegengekehrt, und die Verhandlungen, die nach dem Wortlaut des Kommunisten-Büchchens unter Sozialdemokratie und Kommunisten bestehen sollen, müssen als Parteiverfälschung angesehen werden.

Die Verhandlung für die Verbindung mit den Kommunisten ist der Politik der großen Mehrheit der Partei und des Parteivorstandes entgegengekehrt, und die Verhandlungen, die nach dem Wortlaut des Kommunisten-Büchchens unter Sozialdemokratie und Kommunisten bestehen sollen, müssen als Parteiverfälschung angesehen werden.

Die Verhandlung für die Verbindung mit den Kommunisten ist der Politik der großen Mehrheit der Partei und des Parteivorstandes entgegengekehrt, und die Verhandlungen, die nach dem Wortlaut des Kommunisten-Büchchens unter Sozialdemokratie und Kommunisten bestehen sollen, müssen als Parteiverfälschung angesehen werden.

Die Verhandlung für die Verbindung mit den Kommunisten ist der Politik der großen Mehrheit der Partei und des Parteivorstandes entgegengekehrt, und die Verhandlungen, die nach dem Wortlaut des Kommunisten-Büchchens unter Sozialdemokratie und Kommunisten bestehen sollen, müssen als Parteiverfälschung angesehen werden.

Die Verhandlung für die Verbindung mit den Kommunisten ist der Politik der großen Mehrheit der Partei und des Parteivorstandes entgegengekehrt, und die Verhandlungen, die nach dem Wortlaut des Kommunisten-Büchchens unter Sozialdemokratie und Kommunisten bestehen sollen, müssen als Parteiverfälschung angesehen werden.

Die Verhandlung für die Verbindung mit den Kommunisten ist der Politik der großen Mehrheit der Partei und des Parteivorstandes entgegengekehrt, und die Verhandlungen, die nach dem Wortlaut des Kommunisten-Büchchens unter Sozialdemokratie und Kommunisten bestehen sollen, müssen als Parteiverfälschung angesehen werden.

### Betriebene Politik, die auf breiter demokratischer Basis ruht, bleibt, so scheint es, in Berliner führenden Parteikreisen noch wie vor unumkehrbar.

Auch wir hätten zu den Ausführungen des Parteivorstandes allerhand zu sagen, denn auch uns hat es in letzter Zeit mandamental gesucht, den Aufrufen der Reichstagsfraktion und des Parteivorstandes einige kritische Betrachtungen zu widmen.

Die Verhandlung für die Verbindung mit den Kommunisten ist der Politik der großen Mehrheit der Partei und des Parteivorstandes entgegengekehrt, und die Verhandlungen, die nach dem Wortlaut des Kommunisten-Büchchens unter Sozialdemokratie und Kommunisten bestehen sollen, müssen als Parteiverfälschung angesehen werden.

Die Verhandlung für die Verbindung mit den Kommunisten ist der Politik der großen Mehrheit der Partei und des Parteivorstandes entgegengekehrt, und die Verhandlungen, die nach dem Wortlaut des Kommunisten-Büchchens unter Sozialdemokratie und Kommunisten bestehen sollen, müssen als Parteiverfälschung angesehen werden.

Die Verhandlung für die Verbindung mit den Kommunisten ist der Politik der großen Mehrheit der Partei und des Parteivorstandes entgegengekehrt, und die Verhandlungen, die nach dem Wortlaut des Kommunisten-Büchchens unter Sozialdemokratie und Kommunisten bestehen sollen, müssen als Parteiverfälschung angesehen werden.

Die Verhandlung für die Verbindung mit den Kommunisten ist der Politik der großen Mehrheit der Partei und des Parteivorstandes entgegengekehrt, und die Verhandlungen, die nach dem Wortlaut des Kommunisten-Büchchens unter Sozialdemokratie und Kommunisten bestehen sollen, müssen als Parteiverfälschung angesehen werden.

Die Verhandlung für die Verbindung mit den Kommunisten ist der Politik der großen Mehrheit der Partei und des Parteivorstandes entgegengekehrt, und die Verhandlungen, die nach dem Wortlaut des Kommunisten-Büchchens unter Sozialdemokratie und Kommunisten bestehen sollen, müssen als Parteiverfälschung angesehen werden.

Die Verhandlung für die Verbindung mit den Kommunisten ist der Politik der großen Mehrheit der Partei und des Parteivorstandes entgegengekehrt, und die Verhandlungen, die nach dem Wortlaut des Kommunisten-Büchchens unter Sozialdemokratie und Kommunisten bestehen sollen, müssen als Parteiverfälschung angesehen werden.

Die Verhandlung für die Verbindung mit den Kommunisten ist der Politik der großen Mehrheit der Partei und des Parteivorstandes entgegengekehrt, und die Verhandlungen, die nach dem Wortlaut des Kommunisten-Büchchens unter Sozialdemokratie und Kommunisten bestehen sollen, müssen als Parteiverfälschung angesehen werden.

Die Verhandlung für die Verbindung mit den Kommunisten ist der Politik der großen Mehrheit der Partei und des Parteivorstandes entgegengekehrt, und die Verhandlungen, die nach dem Wortlaut des Kommunisten-Büchchens unter Sozialdemokratie und Kommunisten bestehen sollen, müssen als Parteiverfälschung angesehen werden.

Die Verhandlung für die Verbindung mit den Kommunisten ist der Politik der großen Mehrheit der Partei und des Parteivorstandes entgegengekehrt, und die Verhandlungen, die nach dem Wortlaut des Kommunisten-Büchchens unter Sozialdemokratie und Kommunisten bestehen sollen, müssen als Parteiverfälschung angesehen werden.

Die Verhandlung für die Verbindung mit den Kommunisten ist der Politik der großen Mehrheit der Partei und des Parteivorstandes entgegengekehrt, und die Verhandlungen, die nach dem Wortlaut des Kommunisten-Büchchens unter Sozialdemokratie und Kommunisten bestehen sollen, müssen als Parteiverfälschung angesehen werden.

Die Verhandlung für die Verbindung mit den Kommunisten ist der Politik der großen Mehrheit der Partei und des Parteivorstandes entgegengekehrt, und die Verhandlungen, die nach dem Wortlaut des Kommunisten-Büchchens unter Sozialdemokratie und Kommunisten bestehen sollen, müssen als Parteiverfälschung angesehen werden.

Die Verhandlung für die Verbindung mit den Kommunisten ist der Politik der großen Mehrheit der Partei und des Parteivorstandes entgegengekehrt, und die Verhandlungen, die nach dem Wortlaut des Kommunisten-Büchchens unter Sozialdemokratie und Kommunisten bestehen sollen, müssen als Parteiverfälschung angesehen werden.

Die Verhandlung für die Verbindung mit den Kommunisten ist der Politik der großen Mehrheit der Partei und des Parteivorstandes entgegengekehrt, und die Verhandlungen, die nach dem Wortlaut des Kommunisten-Büchchens unter Sozialdemokratie und Kommunisten bestehen sollen, müssen als Parteiverfälschung angesehen werden.

Die Verhandlung für die Verbindung mit den Kommunisten ist der Politik der großen Mehrheit der Partei und des Parteivorstandes entgegengekehrt, und die Verhandlungen, die nach dem Wortlaut des Kommunisten-Büchchens unter Sozialdemokratie und Kommunisten bestehen sollen, müssen als Parteiverfälschung angesehen werden.

Die Verhandlung für die Verbindung mit den Kommunisten ist der Politik der großen Mehrheit der Partei und des Parteivorstandes entgegengekehrt, und die Verhandlungen, die nach dem Wortlaut des Kommunisten-Büchchens unter Sozialdemokratie und Kommunisten bestehen sollen, müssen als Parteiverfälschung angesehen werden.

Die Verhandlung für die Verbindung mit den Kommunisten ist der Politik der großen Mehrheit der Partei und des Parteivorstandes entgegengekehrt, und die Verhandlungen, die nach dem Wortlaut des Kommunisten-Büchchens unter Sozialdemokratie und Kommunisten bestehen sollen, müssen als Parteiverfälschung angesehen werden.

Die Verhandlung für die Verbindung mit den Kommunisten ist der Politik der großen Mehrheit der Partei und des Parteivorstandes entgegengekehrt, und die Verhandlungen, die nach dem Wortlaut des Kommunisten-Büchchens unter Sozialdemokratie und Kommunisten bestehen sollen, müssen als Parteiverfälschung angesehen werden.







Sachsen

Frauen als Schöffen und Geschworene

Ein besonders wichtiger Schritt auf dem Wege zur Gleichstellung der Geschlechter ist durch das Reichsgesetz über das Gerichten der Frau zum Schöffen- und Geschworenenamt vom 2. April 1923 getan worden.

Es ist einleuchtend, daß bei der Frage nach dem Umfange der Heranziehung von Frauen zum Richteramt die Einstellung und Zusammensetzung der Wahlkörper von entscheidender Bedeutung sind.

Die Sachverständigen der Reichsregierung sind bei der Neuordnung der Gerichtsverfassung vor allem darauf zu achten, daß durch eine geschlechtlich vorzügliche paritätische Zusammenziehung der Vertrauenspersonen in den Ausschüssen die Grundlage für eine neuzeitliche Einstellung der Rechtspflege geschaffen wird.

Der sächsische Arbeitsmarkt vom 4.—10. Novbr.

(N) Die nunmehr fast vier Monate anhaltende Wirtschaftskrisis hat in dieser Berichtswoche eine weitere Verschärfung erfahren, was nach den hier aus allen Teilen Sachsens vorliegenden Berichten der Arbeitsnachweise in neuen Vertriebsbeschränkungen und Stilllegungen, wodurch sich die Zahl der Erwerbslosen und Kurzarbeiter wiederum erheblich vermehrt hat, zum Ausdruck kommt.

Willkürherrschaft der Reichswehr

Kommunistenverhaftungen

Die Abgeordnete Lieberich in der gestrigen Sitzung der Haushaltsausschüsse des Landtags teilte, ist der kommunistische Abgeordnete Scheller bei einer Beratung, die angeblich Lebensmittelfragen gewidmet war, von Reichswehr verhaftet worden.

Die Reichswehr in Schwarzenberg. Sonnabend den 10. November rückte in Schwarzenberg ein Bataillon Reichswehr ein. Es handelt sich um die bisher in Schneeberg und Neustädtel einquartierten Truppenteile.

Stabschefmeister verprügelt Polizisten. In Wurzen fand am 10. November ein sogenannter Dienstreifentag statt, zu dem die Amts-hauptmannschaft Grimma die Genehmigung erteilt hatte.

Der Schwärmer von Bazancourt

Von Otto Zielemann

Dann gab er ihm aus seiner Silberkassette eine Zigarette.

„Gut, gut, Kamerad,“ und seine weißen Zähne blitzten...

„Das war ein Haor“... murmelte Schmidt tonlos.

„Da halte Schwein gehabt, mein Junge. Das konnte für uns alle dreckig werden,“ nickte Clasen dem Freunde zu.

„Auf der Landstraße stehen sie auf vorwärtsstrebende Kolonnen. Genau wie bei den Deutschen. Lastkraftwagen, Feldküchen, Infanterie.“

„Sie blieben nicht die einzigen Gefangenen. Von allen Richtungen kamen in kleinen Trupps die schmutzgrauen Kameraden. In einem langen Zug vereint, marschierten sie zurück.“

„Sie wurden neugierig gemustert, nicht feindselig. Sie trafen keinen Blick des Hasses. Nur manche Offiziere mühten sich, sie nicht zu sehen.“

„Ganz wie bei uns.“

„Sie kamen durch ein Dorf. Trümmer überall, nur Trümmer. Rein, Trümmer ist zu schwach. Ein Feld gewählter Steine, aus dem plötzlich der halbe Rahmen einer

Dresdner Chronik

Das Ehrenwort

Hitler zeigte den Revolver: „Nahr, gib jetzt dein Ehrenwort, Doch du treu zu uns willst halten Als der Deutschen ein'ger Hort.“

Nahr fließt des Rebhohns Rindung: Billig leistet er den Schwur. Und er hält auch sein Versprechen, Aber ein paar Stunden nur.

Bald darauf war schon gefangen Ludendorff, der Feldmarschall; Hitler war davongegangen Und zu Ende der Notwahl.

Nahr sprach nun zu Ludendorffen: „Gib dich frei, auf Ehrenwort, Doch du darfst mir nicht entweichen.“ Ludendorff versprach sofort.

Ehrenwort des deutschen Mannes! Nachgelassen hast du stark, Bist gar tief im Kurs gesunken, Tiefer als die deutsche Mark.

Und man denkt ganz unwillkürlich, Sieht man sich dies Chaos an: Einer von den — Ehrenmännern Wird vom andern abgetan.

R. R.

Es steckt was dahinter

Die Dresdner Nachrichten sind in einer schwierigen Lage. Der Zusammenbruch des Hitlerputches hatte sie zunächst stumm gemacht. Sie begnügten sich mit dem Abdruck der Meldungen, ohne ein Wort dazu zu sagen.

Aber außer Hitler und Ludendorff waren doch noch andre Kräfte mobil, sie sind es noch. Hier muß etwas andres noch als bloße von Hitler ausströmende Wackel der Persönlichkeit am Werke sein.“

Student und Reichswehr

Es ist kein Geheimnis, daß die Hochschulen gerade in diesem Semester einen sehr schwachen Besuch aufweisen wegen des Eintritts vieler Studenten in die Reichswehr.

„Herrn stud. Ing. F. Akademischer Ingenieur-Verein in Dresden. Baugen, 11. 11. 23. Lieber Leibniz! Von einem vergnügt verlebten Landbesonntag Dir und allen Bb. Bb. (Bundesbrüdern-Vierbüscheln) die besten Grüsse.“

Nahr beweist besser mir schon seit langem vertretene Ansicht, daß die Hochschulen der Ort der Reaktion sind. Die Sache hat aber auch eine finanzielle Seite. Was die Studenten an Kolleggeldern ausbringen, reicht kaum zur Befolgung eines Professors.

„Wie hoch wie ein Galgen ragt, aus dem an manchen Stellen ein Viertel Schoenstein wächst. Ein Bloß, von dem kein Auge, das keine Kunde von dem Kriege hat, jemals erraten würde, daß dort einstmal ein Dorf im Sonnenglanze blühte.“

„Und sie marschieren weiter. Gedankenlos. So wie sie immer schritten. Man würde ja schon sehen.“

„Der Lärm der Schlacht blieb mehr und mehr zurück, er grollte wie ein weiterziehendes Gewitter.“

„Nach Stunden waren sie an einem kleinen Wäldchen. Unter die hohen Buchen kauerten sich blanke Holzbaracken. Hier sollten die Gefangenen bernoommen werden.“

„Ein Friedhof lag am Waldrand. Vogelsang betrachtete die Gräber. Sie waren adlos hingeworfen, nicht gepflegt und schlecht umgärt. Auf vielen Kreuzen steckten blaumweißrote Fähnchen, an manchen Verlenkränze. Auf einem gutgepflegten Grabe stand unter Glas und Rahmen ein Bild.“

„Er beugte sich hinab. Familienbild. Ein Vater, dem die helle Freude an seinen Kindern aus den Augen strahlte, zwei Mädchen und ein Bube. Der Junge sitzt auf seinem Anie. Die Frau ist sorgfältig gekleidet und doch sehr einfach, zu einfach fast. Kengstlich und bescheiden blickend, als glaubte sie die hohe Ehre, im Kreise der Familie photographiert zu werden, nicht zu verdienen.“

„Der Mann, dem einst die Freude über seine Kinder aus den Augen strahlte, lag hier verharret. Von seinem Volk erschlagen. Der Bus hat keinen Vater mehr, er wird nicht mehr auf seinen Anien reiten. Die Gattin wird sich sehr erschrocken haben, als sie die Nachricht traf: „Gefloren auf dem Felde der Ehre!“

„Der Ehre? Ach, habe ich denn auch das verdient? Das muß gewiß sehr wertvoll sein, und doch, ich hätte lieber meinen Gatten wieder...“

„Er ging nach andern Gräbern. Man konnte kaum den

diesen mit reaktionären Phantasien um sich werfenden Jünglingen das Studium begahnt. Man wird bei dem geplanten Abbau der Beamten nicht an den Einrichtungen vorbeiragen können, wo mit kostspieligen Staatsanstalten Arbeiterfeinde gepflanzet werden. Republikanische Studenten gibt es kaum ein Promille! Deshalb liegt die Frage nahe, ob sich ein solcher Apparat lohnt, der nur Ausländern und Reaktionären zugute kommt.

Interessant ist zu erfahren, wie Reichswehr und Regierung diesen Bruch der Verfassung begründen wollen. Ein Bruch der Verfassung liegt offen vor, denn die jetzt eingestellten Studenten haben doch nicht die Absicht, die vorgeschriebenen 12 Jahre zu dienen. Das glaubt doch kein Mensch. Das glaubt nicht einmal Herr Müller.

Bettelsuppenpolitik

Herabsetzung der Erwerbslosenunterstützung

Das Reich ist in Geldnot, also müssen Sparmaßnahmen eingeleitet werden. Das geschieht nun nicht etwa dadurch, daß man unnötige Ausgaben in Wegfall bringt; man denke nur an die im höchsten Grade überflüssige Einstellung Zeitfreiwilliger in die Reichswehr.

Diese Maßnahme ist für die Erwerbslosen um so verhängnisvoller, als davon gerade die großen Familien betroffen werden, die am allerwenigsten eine Schwächung der Unterstützung ertragen können. Die Arbeitslosenunterstützung ist nicht im entferntesten so hoch, daß die Unterstützungsempfänger jeglicher Sorge entbunden wären.

Wir fordern entschieden die Herabsetzung und den sozialen Ausbau des alten Zustandes. Wenn in einem einzelnen Falle — es kann sich dabei ja nur um ganz starke Familien handeln — die Unterstützung etwas höher, als sonst üblich, gewesen ist, so darf daraus nicht die Berechtigung einer allgemeinen Kürzung hergeleitet werden.

Wie wir hören, hat sich bereits die Stadt Dresden und auch das sächsische Arbeitsministerium wegen Herabsetzung des alten Zustandes in der Erwerbslosenunterstützung an das Reichsministerium gewandt.

Filme

pm. Der von Kräh und Stray erdachte Film „Mies für Geld“, der jetzt im U.-T. läuft, hat in der Mitte einen Bruch. Drei Akte lang ist er lustige Komödie, dann biegt er plötzlich ins Tragische um und endet als Kinstodrama großen Stils.

„Allemand Lieutenant Dohle. 17. 7. 18.“ Und auf dem andern: „Inconnu, Pilote.“

„Hier starben also deutsche Kameraden. Die Erde ist so weit. Sie nimmt geduldig alles auf, was von ihr ist; und gar der Tod, der fragt nicht, ob man auch an einem Ort das Recht zum Sterben hat. Pilot! Du unbekannter! Ganz sicher wird um dich auch irgend jemand weinen!“

„Er wendete sich ab.“

„Motorbatterien zogen die Straße entlang an die Front. Die flirrenden Geschosse führten auf Summirädern. Die Kanoniere trugen regensichere Mäntel. Die Fernspreckabel waren prächtig isoliert. Wohin man blickte: Ueberflut.“

„Vogelsang lehnte sich mit dem Rücken an eine blaue Holzbaracke. Viele Drähte kamen aus der Ferne und liefen über ihm ins Fenster. Er stand vor einer Telephonzentrale. Rings um ihn lagen deutsche Infanteristen, müde und teilnahmslos.“

„Da hörte er über sich den Namen „Bazancourt“.“

„Er lauschte in das Fenster. Der Sprecher gab dem unsichtbaren Teilnehmer Befehle. Langsam und deutlich flossen seine Worte in den Apparat: „... Kirchturm von Bazancourt... von... feindslicher... Beobachtung... befehl... Der Turm... ist... unzuliegen... Meldung... sofort nach... Ausföhrung an... Kommandeur der Division... Vollzug 75... leitet Feuer... Besövre, Kommandeur der Artillerie.“

„Sollte der Turm befehl sein? Unglaublich war es nicht. Er hatte selbst ja wochenlang ein Fernrohr auf dem Südpfortal der Kathedrale von Laon gesehen. Man würde, wenn man es für nötig hielt, wohl auch den kleinen Turm von Bazancourt besetzen.“

(Schluß folgt.)

Vertical text on the left margin containing various advertisements and notices.



